

Die Pflege zukunftsfit machen - Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Zukunft der Pflege ist die zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft. Im Jahr 2035 werden wir 5,6 Millionen pflegebedürftige Menschen in unserem Land haben. 2040 könnten es bereits 6 Millionen Betroffene sein. Bei uns im Vogtland, einem der ältesten Landkreise Sachsens, beschleunigt der demografische Wandel diese Entwicklung. Wir brauchen dringend Strukturreformen und eine dauerhafte Stabilisierung der Finanzierung, eine bessere Unterstützung pflegender Angehöriger sowie gute Arbeitsbedingungen in der Pflege. Mit dem vorliegenden Positionspapier geben wir Antworten auf die drängenden Fragen.

Welche Lösungsvorschläge hat die Unions-Bundestagsfraktion für die Finanzierung?

Die Finanzierung ist ein großes Thema, auch in meinem Bürgersprechstunden. Der wachsende Eigenanteil macht den Familien Sorgen. Die höheren Beiträge belasten vor allem niedrige und mittlere Einkommen. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehen wir weiterhin zum Teilleistungsmodell der Sozialen Pflegeversicherung. Aber wir brauchen eine **klare Finanzierungsstruktur** für die Pflege, denn gute Pflege hat ihren Preis. Solide Finanzierungskonzepte, die ihre Basis auf den Ergebnissen unserer leistungsstarken Wirtschaft haben, müssen entwickelt und politisch umgesetzt werden. Zudem werden momentan viele versicherungsfremde Leistungen von der Sozialen Pflegeversicherung übernommen. Deshalb bedarf es eines **Finanzierungsmix bestehend aus der gesetzlichen Pflegeversicherung, betrieblicher Mitfinanzierung**

sowie einer eigenverantwortlichen Vorsorge. Insbesondere die junge Generation kann bereits durch geringe Beiträge ein späteres Pflegerisiko im Alter finanziell absichern.

Wie will die Union die angespannte Personalsituation in der Pflege verbessern?

Entgegen vielen Behauptungen sind es nicht nur die Gehälter, die zum Personalmangel in der Pflege beitragen, sondern insbesondere die Arbeitsbedingungen. Bereits vor der Pandemie war die Arbeitsbelastung in der Pflege aufgrund verschiedener Faktoren sehr hoch. Um Pflegepersonal für die Kranken-, Alten- sowie die pädiatrische Pflege und die Rehabilitationseinrichtungen sowie die ambulanten Dienste halten, motivieren oder gar zurückgewinnen zu können, braucht es eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsumfeldes. Entlastungen können beispielsweise sein:

- **Pflegebereich entbürokratisieren, Digitalisierung vorantreiben** und digitale sowie technische Kompetenzen im Arbeitsalltag und zu Dienstzeiten vermitteln (Schulungen als Dienstzeit, wie in manchen Regionen bereits Praxis);
- Etablierung und gesicherte Finanzierung von **zusätzlichen Kräften** in Form von **Springer-pools, die z.B. Ausfälle bei Krankheit abfedern** und vor zusätzlichen Belastungen



Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite. >

- schützen, die Mehrkosten solcher Konzepte dürfen nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen;
- **Ausbau der an die Schichtzeiten orientierten Kinderbetreuung.** Denkbar wäre eine Bonuszahlung für Träger von Kindertagesbetreuungseinrichtungen, die auch Randzeiten der Kinderbetreuung mit abdecken (Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf);



- eine **Vereinheitlichung und Digitalisierung der Dokumentations- und Datenaustauschprozesse** mit den Kostenträgern, dem Medizinischen Dienst und den Aufsichtsbehörden, die Refinanzierung der qualitätsorientierten Digitalinfrastruktur als Regelleistung (sowohl in den Betriebs-, als auch den Investitionskosten) sowie eine Harmonisierung zwischen den Bundesländern und den Sektoren;

Wie möchte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion pflegende Angehörige fördern?

Pflegende Angehörige sind eine der tragenden Säulen für die Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgungsstrukturen. Um es deutlich zu machen: Über 80 Prozent der Menschen mit Pflegebedarf werden in den eigenen vier Wänden von knapp fünf Millionen pflegenden Angehörigen gepflegt. Ihnen gebührt mehr Respekt und Unterstützung. Es braucht einen Maßnahmenkatalog, beispielhaft bestehend aus:

- einem **Entlastungsbudget, das alle bisherigen Leistungen zu einem Topf zusammenführt**, damit Pflegebedürftige und deren Angehörige Unterstützungsangebote bürokratiearm und flexibel entsprechend ihrer Bedürfnisse in Anspruch nehmen können. Die Maßnahmen des Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes (PUEG) sind hier nicht weitreichend genug;
- einer Weiterentwicklung von **Tages- und Nachtpflegeangeboten** sowie ambulanter Pflegeversorgung;
- einer verbesserten **rentenrechtlichen Absicherung** von pflegenden Angehörigen;
- der Fortschreibung des **Hilfsmittelkatalogs hinsichtlich** der Finanzierung technischer und digitaler Hilfsmittel über die Pflegeversicherung;
- dem Einsatz von unabhängigen, **trägerneutralen Pflegelotsen**;

Wo finde ich nähere Informationen?

Unser Positionspapier zum Nachlesen gibt es unter:

[DOWNLOAD](#)

